

Niedriglohnsektor

Was wird Ihre Partei unternehmen, um den ausgeufernten Niedriglohnsektor wieder in enge Grenzen zu verweisen? Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass es für weitere Branchen tarifliche Mindestlöhne gibt und daneben auch ein armutsfester gesetzlicher Mindestlohn als bundeseinheitliche Lohnuntergrenze eingeführt wird?

„Das für ein menschenwürdiges Leben notwendige Einkommen sichert nicht ein einheitlicher, gesetzlicher Mindestlohn, sondern, wo dies erforderlich ist, eine Kombination aus fairen Löhnen und ergänzenden staatlichen Leistungen.“

CDU/CSU

„Wir werden in möglichst vielen Branchen allgemeinverbindliche, tarifliche Mindestlöhne ermöglichen. Und wir werden überall dort Mindestarbeitsbedingungen vorantreiben, wo die Sozialpartner dazu aus eigener Kraft nicht mehr in der Lage sind.“

SPD

„Gesetzliche Mindestlöhne verschärfen den Abbau von Arbeitsplätzen in lohnintensiven Sektoren sowie im Niedriglohnbereich. Sie führen tendenziell zu höheren Preisen und schwächen darüber die Kaufkraft.“

FDP

„Die Linke fordert die Einführung eines gesetzlichen, flächendeckenden Mindestlohns nach französischem Vorbild, der in der nächsten Wahlperiode auf 10 Euro pro Stunde erhöht wird (...).“

Die Linke

„Wir wollen einen gesetzlichen Mindestlohn von wenigstens 7,50 Euro die Stunde sicherstellen. Höhere Mindestlöhne in einzelnen Branchen wären davon unberührt. Wir wollen Geringverdiener zudem bei den Sozialabgaben entlasten.“

B90/Grüne

Fazit: Die SoVD-Forderung nach einem gesetzlichen Mindestlohn findet sich nur bei der SPD, den Grünen und der Linken wieder. Allerdings unterscheiden sich die Forderungen bzw. Pläne sehr deutlich: Während die Linke einen Mindestlohn von 10 Euro fordert, wollen SPD und Grüne

einen gesetzlichen Mindestlohn einführen, der die tariflich festgelegten Branchenmindestlöhne ergänzt und wenigstens 7,50 Euro betragen soll.

Die FDP lehnt Mindestlöhne kategorisch ab und spricht sich für einen „funktionsfähigen Niedriglohnsektor“ aus, was mit den SoVD-Forderungen nicht vereinbar ist.

Auch die Schwesterparteien CDU und CSU wollen keinen gesetzlichen Mindestlohn einführen, aber zumindest an geltenden Regelungen zur Festlegung von Branchenmindestlöhnen festhalten.



Foto: schwier/fotolia

Frauenpolitik

Welche Pläne verfolgt Ihre Partei, um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu verbessern und die eigenständige soziale Sicherung der Frau zu stärken? Wie wollen Sie gegen die Lohnungleichheit zwischen Männern und Frauen, die bei 23 Prozent liegt, vorgehen?

„Gefragt sind familiengerechte Arbeitsplätze und nicht arbeitsplatzgerechte Familien. (...) Durch eine höhere Erwerbsbeteiligung von Frauen und den Abbau von Lohnunterschieden stärken wir auch die eigenständige soziale Sicherung von Frauen.“

CDU/CSU

„Voraussetzung für armutsfeste Renten sind existenzsichernde Löhne und eine möglichst ungebrochene Erwerbsbiographie – für Männer und Frauen. Deshalb setzen wir uns für flächendeckende Mindestlöhne ein.“

SPD

„Die FDP setzt sich dafür ein, dass es in unserer Gesellschaft jeder Frau ermöglicht wird, ihr Leben eigenverantwortlich zu gestalten. (...) Eine eigenständige Sicherung der Frau wird bei einem umfassenden Angebot der Kinderbetreuung ab dem ersten Geburtstag des Kindes möglich.“

FDP

Zur schnellen Beseitigung der Lohndiskriminierung von Frauen fordert die Linke einen flächendeckenden, gesetzlichen Mindestlohn (...), diskriminierungsfreie Tarifverträge (...), ein Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft (...), besseren Rechtsschutz für Betroffene (...).

Die Linke

„Wir fordern gute, ganztägige Betreuungs- und Bildungsangebote für alle Kinder. (...) Die Tarife des Öffentlichen Dienstes müssen geschlechtergerecht überarbeitet werden. Ein gesetzlicher Mindestlohn kommt vor allem Frauen im Niedriglohnsektor zugute.“

B90/Grüne

Fazit: Zu begrüßen ist, dass sich alle Parteien für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf einsetzen, indem sie sich für familienfreundliche Arbeitsplätze sowie bessere und mehr Betreuungsangebote für Kinder stark machen. Das Wiedereinstiegsprogramm für Berufsrückkehrer/-innen für Mütter und Väter nach der Familienphase der CDU/CSU ist positiv zu bewerten.

Die Forderung der Grünen nach guten, ganztägigen Betreuungs- und Bildungsangeboten für alle Kinder bei sozial gestaffelten Gebühren bzw. gebührenfrei findet grundsätzlich die Zustimmung des SoVD. Da die meisten Frauen teilzeitbeschäftigt sind und/oder im Niedriglohnsektor arbeiten, fordern SPD, Linke und Grüne zu Recht einen gesetzlichen Mindestlohn, der die ökonomische und soziale Absicherung der Frau verbessert.

Zu begrüßen ist auch, dass sich alle Parteien für den Grundsatz „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ von Männern und Frauen aussprechen. Hierbei fordern CDU/CSU, SPD und Linke ein transparentes Tarifsystem, damit Beschäftigte feststellen können, worauf individuelle Unterschiede bei der Bezahlung zurückzuführen sind.

Wahl von A bis Z: Was ist ein Überhangmandat?

Bundestagswahlen finden alle vier Jahre statt. Kein Wunder also, dass wir alle nicht unbedingt Experten in Sachen Politik sind. Wen wähle ich mit meiner Erststimme? Und wie kommt es zu den viel diskutierten Überhangmandaten? Hier eine Erinnerungshilfe.

Abgeordnete

Die Abgeordneten des Bundestages werden alle vier Jahre gewählt. Sie sind als Vertreter des ganzen Volkes weder an Aufträge noch an Weisungen gebunden und nur ihrem Gewissen unterworfen.

Erststimme

Der Wähler wählt seinen Favoriten aus verschiedenen Kandidaten in seinem Wahlkreis. Die Kandidaten können auch unabhängig sein, das heißt, sie müssen nicht zwangsläufig einer Partei angehören.

eignet halten, ihre Politik im Bundestag zu vertreten. Scheidet ein Abgeordneter aus dem Parlament aus, rückt von der Landesliste der Partei, für die er in den Bundestag gewählt wurde, der nächste Kandidat nach.

Briefwahl

Wer am Wahltag verhindert ist, kann ohne Angabe von Gründen die Briefwahlunterlagen anfordern und seine Stimme per Post abgeben.

Fünfprozentklausel

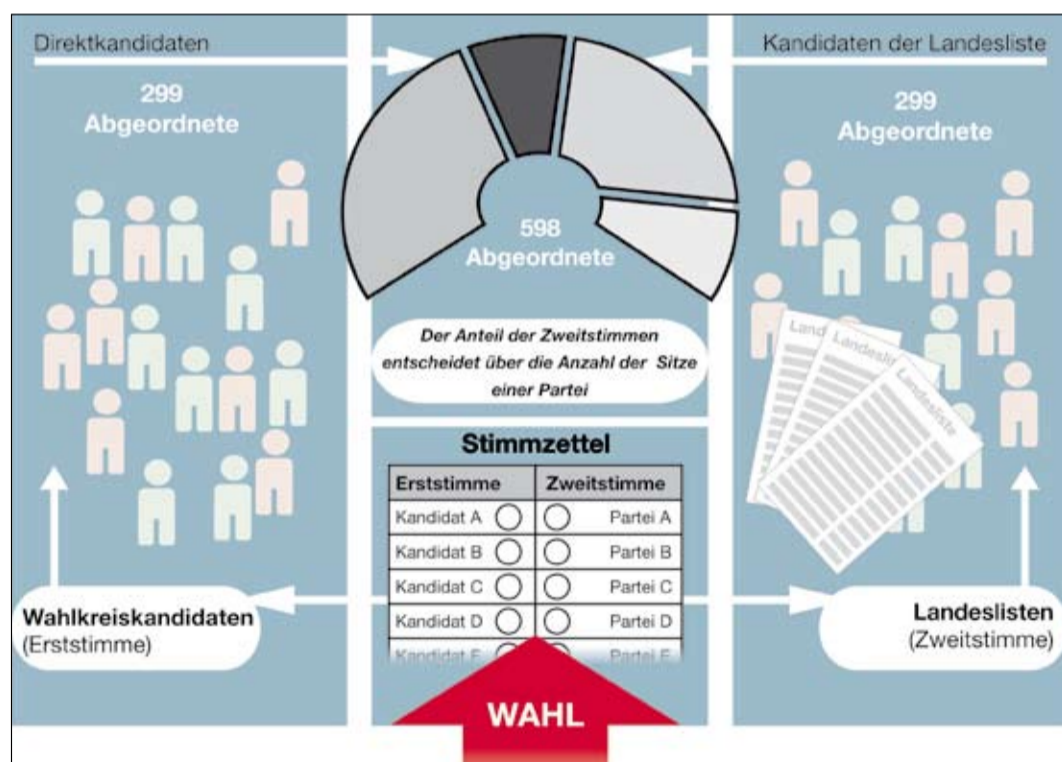
Um in den Bundestag einzuziehen zu können, muss eine Partei mindestens fünf Prozent aller Zweitstimmen im gesamten Bundesgebiet erreicht haben. Davon ausgenommen sind Parteien, die mindestens drei Direktmandate gewonnen haben.

Mehrheitswahlrecht

Der Kandidat, der die meisten Erststimmen erhält, ist gewählt. Die Stimmen, die für andere Kandidaten abgegeben wurden, verfallen.

Landesliste

299 Bundestagsmandate werden über Landeslisten vergeben. Auf ihnen stehen der Rangfolge nach die Kandidaten, die die Parteien für ge-



Grafik: Herrndorff

Jeder Wähler hat eine Erst- und eine Zweitstimme, mit der er Vertreter aus dem Wahlkreis und über die Landeslisten in den Bundestag wählt. Durch sogenannte Überhangmandate kann sich die reguläre Zahl von 598 Abgeordneten erhöhen – derzeit sind es 612.

Gesichter der Wahl



Eckard Makoschey

Eckard Makoschey gehört dem Ortsverband Kiel-Ellerbek in Schleswig-Holstein an. Als Wahlhelfer betätigt sich Makoschey nach eigener Aussage bereits seit Jahren: „Ich habe damit angefangen, weil ich dem geschäftsführenden Betriebsrat meines Unternehmens angehörte.“

Für Mitbürger, die sich scheuen, selbst Verantwortung zu übernehmen, hat Makoschey nur wenig Verständnis: „Es wäre doch mal zu überlegen, ob man nicht seine staatsbürgerliche Pflicht erfüllen kann und nicht nur immer fordert, sondern auch mal etwas bringt.“

Überhangmandat

Wenn eine Partei über die gewonnenen Erststimmen mehr Direktkandidaten in den Bundestag entsenden kann, als ihr nach der Anzahl der Zweitstimmen in einem Bundesland zustehen, vergrößert sich der Bundestag durch sogenannte Überhangmandate. Scheidet ein Abgeordneter in einem Bundesland mit Überhangmandaten aus, wird das Mandat nicht aus der Liste seiner Partei nachbesetzt.

Verhältnismahlrecht

Die Parteien werden nach ihrem

prozentualen Stimmenanteil bei der Wahl gewichtet. Erhält eine Partei beispielsweise 15 Prozent aller abgegebenen Zweitstimmen, so bekommt sie auch 15 Prozent der Sitze. Jede Stimme, die für eine Partei abgegeben wurde, zählt.

Wahlkreis

Deutschland ist in 299 Wahlkreise eingeteilt. Die Einteilung gewährleistet, dass alle Wahlkreise eine annähernd gleich große Bevölkerungszahl aufweisen (rund 250 000) und somit alle Stimmen gleich viel Gewicht haben.

Wahlrechtsgrundsätze

Die Abgeordneten des Deutschen Bundestages werden in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl gewählt (Artikel 38 Grundgesetz).

Zweitstimme

Die Zweitstimme entscheidet über das Kräfteverhältnis der Parteien im Bundestag. Alle Parteien, die mindestens fünf Prozent aller Stimmen erreicht haben, ziehen in den Bundestag ein.

Deutscher Bundestag/
Öffentlichkeitsarbeit